

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15810

"Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15810 vom 08.03.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16732 des HA vom 04.04.2017
4. Beschluss des Plenums 17/16867 vom 10.05.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Europa- und Bundesebene allen neuerlichen Absichten des Haushaltskommissar Günther Oettinger und der Europäischen Kommission entgegenzuwirken, eine EU-Steuer einzuführen – deren Aufkommen direkt der EU zusteht – oder die Europäische Union über das jetzige Maß hinaus an nationalen Steuern und Abgaben zu beteiligen.

Begründung:

Der neue Haushaltskommissar Günther Oettinger hat in einem Interview gegenüber dem Handelsblatt am 28. Februar 2017 angeregt, die EU an Einnahmen aus der Mineralölsteuer (Energiesteuer) zu beteiligen.

Die Einführung neuer Abgaben lehnt der EU-Haushaltksommissar ab. Er könne sich aber vorstellen, dass Brüssel einen Anteil an bestehenden Steuern einbehalte. So könne man „einen kleinen Teil der Mineralölsteuer für die EU reservieren, zum Beispiel einen oder zwei Cent“, sagte er gegenüber dem Handelsblatt. Auf Nachfrage sagte Günther Oettinger, es gehe nicht darum, die Steuerlast insgesamt zu erhöhen. Wenn die EU einen Teil der Mineralölsteuer direkt bekäme, könnten Nettozahler wie Deutschland gleichzeitig ihre Beiträge zum EU-Haushalt und auch die Steuern senken. Diese Aussage ist jedoch widersprüchlich, weil der EU-Haushaltksommissar an anderer Stelle sagte, dass nach einem Austritt Großbritanniens „die anderen Nettozahler etwas mehr“ in den EU-Haushalt einzahlen müssten.

Derzeit finanziert sich die EU wie folgt:

- Ein geringer Prozentsatz des nationalen Bruttonationaleinkommens – in der Regel ca. 0,7 Prozent –, welchen alle EU-Länder beisteuern. Dies ist die größte Einnahmequelle. Der Haushalt wird nach dem Grundsatz der Solidarität und Zahlungsfähigkeit geführt. Allerdings sind Beitragsanpassungen möglich, um zu vermeiden, dass bestimmte Länder zu stark belastet werden.
- Ein geringer Prozentsatz der üblichen Mehrwertsteuereinnahmen eines Landes, in der Regel ca. 0,3 Prozent;
- Ein großer Anteil an Zöllen auf Einführen von nicht in der EU hergestellten Erzeugnissen, wobei das Land, das den Zoll erhebt, einen kleinen Prozentsatz einbehält.

Daneben sind weitere Einnahmequellen die Einkommensteuer der EU-Bediensteten, Beiträge von Nicht-EU-Ländern zu bestimmten EU-Programmen sowie Geldbußen von Unternehmen, die sich nicht an die EU-Regelungen und -Verordnungen halten.

Die Befürworter einer eigenen EU-Steuer führen an, dass eine Steuer die Einnahmeseite endlich transparent machen würde. Vordergründig geht es dabei bislang jedoch nur um ein neues Etikett. Die Kommission möchte schon lange, dass ein Teil der Steuern, die in den Mitgliedstaaten erhoben werden, direkt in den EU-Haushalt fließt. Im Gespräch sind und waren bisher, einen Teil der Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer oder eine neue Abgabe auf Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) als EU-Steuer zu deklarieren bzw. mit einem EU-Aufschlag zu versehen. Dabei soll sich aber an den realen Machtstrukturen, in denen über das EU-Budget entschieden wird, gar nichts ändern. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollen weiterhin per einstimmigen Beschluss als letzte Instanz entscheiden, wie viel jeder Mitgliedstaat insgesamt in den „EU-Topf“ einzahlt und wie groß der EU-Haushalt überhaupt werden darf. Die Mitgliedstaaten würden neben der „EU-Steuer“ auch weiterhin politisch ausgehandelte Beiträge an die EU zahlen. Deshalb ist es völlig illusorisch, dass das Etikett einer EU-Steuer automatisch für eine gerechtere, transparentere oder systematischere Aufteilung der Lasten sorgt. Im Gegenteil, das bereits heute schwer durchschaubare EU-System würde um eine Irreführung reicher. Der Bürger müsste glauben, die EU hätte eine neue Steuerhoheit erlangt, obwohl sich tatsächlich nichts verändert hat. Faktisch würde mit dem Vorschlag die

Europäische Transferunion fast ausschließlich auf Kosten Deutschland weiter ausgebaut werden.

Dabei ist nicht ersichtlich, warum lediglich über die Aufstockung des EU-Budgets gesprochen wird und nicht auch über die Reduktion bestimmter Transferleistungen. Es mag zwar gute Gründe für eine echte

„EU-Steuer“ geben, die aber wiederum kaum mit dem Charakter der Europäischen Union als Staatenverbund vereinbar wären. Eine Reform des EU-Haushalts erscheint insbesondere in Anbetracht der derzeitigen politischen Gemengelage dringend geboten – nicht jedoch eine zusätzliche Verkomplizierung.

einer ständig wachsenden Bevölkerung nicht mehr Wohnungsbau in Szene setzen, ohne dafür zusätzliche Flächen in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist unreal. Da muss man Farbe bekennen und ehrlich sagen, was man will. Wenn Sie sagen, es dürfe kein Quadratmeter mehr in Anspruch genommen werden, können nicht so viele Wohnungen gebaut werden, wie wir eigentlich brauchen. Wir brauchen also eine Möglichkeit, die es Kommunen erleichtert, Bauland auszuweisen.

Der Tagesordnung zufolge wird der Bundestag wohl noch heute Abend in einer Spätsitzung über die Novellierung des Baugesetzbuchs entscheiden. Dank unserer massiven Einflussnahme in Berlin sind darin dann auch die Punkte enthalten, die den Kommunen die Möglichkeit geben, unmittelbar am Ortsrand mit vorhandener Bebauung zusätzliche Bauflächen erleichtert auszuweisen. Wir haben das Vorhaben der Bundesbauministerin unterstützt, mit dem neuen Baugebietstyp des urbanen Gebietes innerstädtisch das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe flexibler zu regeln.

Nicht die Kollegen der CSU-Landesgruppe waren im Bundestag in den letzten Wochen ständig dagegen, diese Regelung in das Baugesetzbuch aufzunehmen. Ich hoffe sehr – das sage ich auch an die Adresse der GRÜNEN –, dass das Ganze heute im Deutschen Bundestag eine Mehrheit findet. Am 31. März soll die Neuregelung dann im Bundesrat behandelt werden. Dann haben wir also konkret den Kommunen die Ausweisung von Bauland erleichtert; keine Kommune kann jedoch dazu gezwungen werden.

Eine letzte Bemerkung mit Blick auf andere Bundesländer: Alle halten bei jeder Gelegenheit insofern Sonntagsreden, als wir mehr Wohnungsbau brauchen. Wenn wir dies ernst meinen, frage ich mich schon, wie es in den letzten Jahren bundesweit bei der Grunderwerbsteuer so weit kommen konnte. Vor ein paar Jahren wurde die Zuständigkeit für die Festlegung des Grunderwerbsteuersatzes den Ländern übertragen. Vom Bund wurde über viele Jahre ein Grunderwerbsteuersatz von 3,5 % festgesetzt, und siehe da, nach einigen Jahren der Zuständigkeit der Länder gibt es unter 16 Bundesländern nur noch zwei Länder, nämlich den Freistaat Sachsen und den Freistaat Bayern, die nach wie vor einen Steuersatz von 3,5 % haben.

(Beifall bei der CSU)

Zwar erklären auch alle anderen Bundesländer, den Wohnungsbau verstärken zu wollen. Sie haben aber

allesamt den Grunderwerbsteuersatz auf 4 %, 4,5 %, 5 %, 5,5 %, manche inzwischen sogar auf 6,5 % erhöht. Manche Länder sind dabei, den ursprünglichen Grunderwerbsteuersatz sogar zu verdoppeln. Ich kann doch den Bürgern in unserem Land nicht ernsthaft sagen: Ich will zwar für den Wohnungsbau etwas tun, verteuere aber gleichzeitig allein mit steuerlichen Maßnahmen das Bauen und den Erwerb eines Eigenheims immer mehr. Das lehnen wir ab. Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt um etwas Konzentration. Wir haben drei Abstimmungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vier!)

– Eins, zwei, drei. – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15808 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15836 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, SPD. Gegenstimmen! – CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer schließlich dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15837 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU. Enthaltungen? – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15809 mit 17/15816 sowie auf den Drucksachen 17/15838 mit 17/15843 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt der namentlichen Abstimmung



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15810

**Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem
der EU**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 147. Sitzung am 16. März 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 57. Sitzung am 4. April 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hannisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15810, 17/16732

Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Europa- und Bundesebene allen neuerlichen Absichten des Haushaltskommissars Günther Oettinger und der Europäischen Kommission entgegenzuwirken, eine EU-Steuer einzuführen – deren Aufkommen direkt der EU zusteht – oder die Europäische Union über das jetzige Maß hinaus an nationalen Steuern und Abgaben zu beteiligen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. März 2017 (Vf. 16-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 2 Abs. 1 Satz 1 und des § 4 Abs. 2 und 3 der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG) vom 27. Juli 2011 (GVBl. S. 346, BayRS 2170-5-1-G), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 14. Oktober 2014 (GVBl. S. 450) geändert worden ist
PII-G1310.16-0013
Drs. 17/16616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Elektrifizierungsoffensive für Bayern starten
Drs. 17/14690, 17/16684 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgasfreier Schienenpersonennahverkehr
Drs. 17/14692, 17/16685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angebotsausweitung S-Bahn Nürnberg:
Taktlücken schließen, Nachtverkehr bestellen
Drs. 17/14948, 17/16686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Änderung der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung
Drs. 17/15316, 17/16492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auch den Landtag über zukünftige Möglichkeiten der gemeinsamen Wissenschaftskooperation informieren
Drs. 17/15434, 17/16698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grundschulzeugnis vereinfachen: Qualität vor Quantität
Drs. 17/15436, 17/16710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Gerechtigkeit.Bildung.Zukunft – Mittelschulen stark machen
Drs. 17/15513, 17/16711 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulleitungen brauchen mehr Leitungszeit
Drs. 17/15519, 17/16712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen veröffentlichen
Drs. 17/15599, 17/16725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bauland aktivieren – Wohnraum schaffen
Drs. 17/15611, 17/16728 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Vorlage eines Gesetzes über den Vollzug des Jugendarrestes
Drs. 17/15641, 17/16726 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Auswirkungen der Situation der HSH Nordbank auf die bayerischen Sparkassen und die BayernLB
Drs. 17/15644, 17/16729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilferufe der Schulen ernst nehmen I –
Mangel an Schulleiterinnen und Schulleitern wird immer größer!
Drs. 17/15645, 17/16713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilferufe der Schulen ernst nehmen III –
Gute Schulen brauchen Zeit für Führung!
Drs. 17/15647, 17/16714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortige Einstellung des Förderprogramms der Flughafen München (GmbH)
Drs. 17/15740, 17/16730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Grundsteuer ergänzen –
Flächenverbrauch vermeiden
Drs. 17/15742, 17/16731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten
der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern
Drs. 17/15756, 17/16687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU
Landwirtschaftliche Ausbildung für Migranten
Drs. 17/15775, 17/16441 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Karl Freller,
Dr. Otto Hünniker u.a. CSU
Bauen mit Holz
Drs. 17/15799, 17/16688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine zusätzliche EU-Steuer im bisherigen Finanzierungssystem der EU
Drs. 17/15810, 17/16732 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Notprogramm zur Unterrichtsversorgung –
Prekäre Situation an den Grund- und Mittelschulen lösen
Drs. 17/15811, 17/16715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Alternative Antriebstechnologien im Schienenverkehr
Drs. 17/15816, 17/16689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Handeln statt Reden:
Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen sofort entlasten
Drs. 17/15820, 17/16716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Robert Brannekämper u.a. CSU
Prüfung von Dienstleistern: Netzwerken von Extremisten und Sekten vorbeugen
Drs. 17/15830, 17/16699 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Notsituation an Grund- und Mittelschulen – Lehrermangel sofort stoppen!
Drs. 17/15839, 17/16717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Unterrichtsversorgung sicherstellen –
Extrapool für längerfristige Ausfälle von Lehrkräften einrichten
Drs. 17/15840, 17/16718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>